

Russische Iranpolitik

Globale und regionale Ziele, politische und wirtschaftliche Interessen

Hannes Adomeit

Iran mit seinem heftig umstrittenen Nuklearprogramm ist derzeit vermutlich der gefährlichste internationale Konfliktherd. Als Vollmitglied im Sicherheitsrat, Nuklearmacht, Nachbar Irans und Lieferant von Atomtechnologie hat Russland sowohl größere Verantwortung als auch einigen Einfluss in Teheran. In manchen Bewertungen kommt Russland sogar eine Schlüsselrolle bei der Lösung des Atomstreits zu. Aber wovon wird Moskaus Verhalten in diesem Konflikt bestimmt? Welche Interessen verfolgt es? Sollte sich Deutschland bemühen, auf Putins Haltung Einfluss zu nehmen?

Einer der Denkansätze im Moskauer außen- und sicherheitspolitischen Establishment ist dem Vorhaben verpflichtet, dem Streben der USA nach globaler Vorherrschaft Gegengewichte entgegenzusetzen und eine »multipolare Weltordnung« herzustellen. Als Träger dieser Ordnung in Süd- und Ostasien werden China und Indien zu »strategischen Partnern« stilisiert. Im Nahen und Mittleren Osten hat sich Russland bemüht, diese Rolle an Iran zu vergeben. Iran, so Präsident Putin im Mai 2004, ist »seit langem unser stabiler Partner«. Im Oktober 2004 sekundierte Außenminister Sergej Lawrow: »Russland kann immer auf Iran als strategischen Partner in der Region rechnen.«

Auf offizieller Ebene ist Moskau infolgedessen bis vor kurzem weder der amerikanischen Auffassung von Iran als Schurkenstaat und Sponsor internationalen Terrorismus gefolgt noch der Annahme, Teheran wolle Nuklearmacht werden. Putin stellte

noch im Februar 2005 nach Gesprächen mit dem iranischen Atom-Chefunterhändler Hassan Rohani in Moskau fest: »Die jüngsten Schritte der iranischen Seite haben uns überzeugt, dass Iran nicht die Absicht hat, eine Atombombe zu bauen.« Russland werde daher seine Zusammenarbeit mit Teheran »auf allen Feldern fortsetzen, einschließlich der Nuklearenergie.«

Iran – »strategischer Partner«?

Eines der Ziele der russisch-iranischen Partnerschaft ist es, die USA und die Nato soweit wie möglich aus der Kaspischen Region herauszuhalten. Bestrebungen Georgiens und Aserbaidschans, Mitglied der Nato zu werden, stoßen deshalb in Moskau wie in Teheran auf Ablehnung. Das betrifft auch angebliche Pläne, denen zufolge Washington zur Bekämpfung internationaler Terrorismusnetzwerke, zur Sicherung

der Öl-Pipeline Baku–Ceyan, zur Unterbindung von Waffen- und Drogenhandel sowie des Transfers von Komponenten für die Herstellung von Massenvernichtungswaffen eine 120 000 Mann starke Caspian Guard aufstellen will. An ihr sollen sich neben den USA auch die Türkei, Georgien und Aserbaidschan beteiligen. Moskau setzt derartigen Visionen, so unrealistisch sie auch sein mögen, eigene Initiativen entgegen, beispielsweise Vorschläge zur Schaffung eines regionalen Sicherheitssystems. Zudem soll eine Art Gegenstück zur Active Endeavor Operation der Nato im Mittelmeer geschaffen werden, die Kaspische Marinegruppierung für Operative Reaktion, eine gemeinsame Seestreitkraft aller fünf Anrainer des Kaspischen Meeres (CasFor). Russland würde eine beherrschende Rolle in dieser Streitmacht spielen: Es verfügt mit seiner Kaspischen Flottille über mehr Kräfte als die anderen vier Anrainer zusammen, und im Gegensatz zu seinen verfallenden vier großen Flotten hat Moskau seine Marinekräfte in dieser Region laufend modernisiert.

Zur Stilisierung Irans als tatsächlicher oder künftiger strategischer Partner gehört auch die von Moskau geförderte Aufnahme des Landes als Beobachter in die Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit (SCO), der außer Russland noch China, Kirgisien, Kasachstan und Usbekistan angehören. Im Sinne der prinzipiellen Opposition Moskaus und Teherans gegen amerikanische Militärpräsenz forderte die SCO auf ihrem Gipfel in der kasachischen Hauptstadt Astana im Juli 2005 – angeblich auf russisches Betreiben – den militärischen Abzug der USA aus Mittelasien binnen ein bis zwei Jahren. Auf Druck Präsident Karimows ist der Abzug aus Usbekistan bereits erfolgt.

Die Bemühungen, mit Teheran eine strategische Partnerschaft aufzubauen, haben sich politisch ausgezahlt. So sah die islamische Republik bereits Mitte der neunziger Jahre im tadschikischen Bürgerkrieg davon ab, militante islamistische Oppositionskräfte zu unterstützen, und half dem Kreml, zwischen dem postkommunisti-

schen Regime und der Opposition zu vermitteln. Teheran hat sich auch mit öffentlicher Kritik an Moskaus Tschetschenienpolitik und dem brutalen Vorgehen der russischen Truppen und Sicherheitskräfte gegen Terroristen und die muslimische Bevölkerung zurückgehalten. Die wahabitischen Djihadisten im Nordkaukasus erhielten keinerlei iranische Unterstützung.

Aus der deklarierten Partnerschaft mit Iran hat Russland auch in wirtschaftlicher Hinsicht Vorteile gezogen. Dies betrifft weniger das Volumen des Handels als seine Struktur. Der Wert des Warenaustauschs betrug 2005 mehr als 2 Mrd. US-Dollar, wobei die russischen Einfuhren praktisch nicht ins Gewicht fallen. Der größte Teil der Exporte besteht aus Lieferungen für Großprojekte wie den Bau des Atomkraftwerks in Buschehr und von hydroelektrischen Kraftwerken und aus Lieferungen von Waffen und militärischer Ausrüstung. Mit einem Wert von rund 400 Mio. US-Dollar im Jahr nimmt der Iran (nach Indien und China) seit Jahren den dritten Platz unter den russischen Waffenimporteuren ein.

Russische Waffenexporte

Die Waffen, die Iran erhält, sind nach russischen Angaben nicht dazu geeignet, die regionalen Machtverhältnisse zu destabilisieren. Tatsächlich haben Russlands Waffenexporte quantitative und qualitative Grenzen. Die an Iran gelieferten MiG-29S-Kampfflugzeuge sind veraltet und nicht mit Präzisionswaffen gegen Bodenziele ausgerüstet. Auch die in geringer Stückzahl exportierten Su-24MK-Kampfflugzeuge sind älteren Baudatums. Die Anzahl der gelieferten Kampf- und Schützenpanzer macht auch die Verluste nicht wett, die Iran im langjährigen Krieg gegen den Irak erlitten hat. Die S-200-Flugabwehrsysteme haben zwar eine große Reichweite, ihr Lenksystem aber ist veraltet.

Die politische Brisanz der russischen Waffenexporte ist dennoch offenkundig. Das gilt insbesondere für das im Herbst 2005 vereinbarte Geschäft im Wert von ins-

gesamt ca. 700 Mio. US-Dollar über die Lieferung von 30 Boden-Luft-Raketen vom Typ Tor M1. Mit einer Reichweite von 12 km können sie Ziele bis zu einer Höhe von 10 km bekämpfen und sind in der Lage, sowohl Flugzeuge als auch Drohnen und Flügelraketen (Cruise Missiles) abzufangen. Atomanlagen des Iran könnten somit vor Angriffen aus der Luft geschützt werden.

Hilft Russland Iran bei der Entwicklung von Atomraketen?

»Wir sollten nicht vergessen, dass Iran ein ziemlich entwickeltes Raketenprogramm für mittlere und lange Reichweiten hat«, warnte Außenminister Lawrow am 12. Januar 2006. Der CIA zufolge trägt Russland daran eine Mitschuld, und noch immer befänden sich russische Techniker und Ingenieure im Land: »Hilfe seitens russischer Einheiten hat das iranische Bemühen unterstützt, neue Raketen zu entwickeln und Teherans Eigenständigkeit bei der Produktion von Raketen zu erhöhen«. Der unbestimmte Begriff »Einheiten« (*units*) deutet allerdings darauf hin, dass die CIA offenlassen will, ob die russische Regierung den Transfer von Raketentechnologie autorisiert, geduldet oder unter Umgehung von Bestimmungen und Kontrollen gezielt lanciert hat. Vermutlich war die Hilfe Nordkoreas und Chinas, auf welche die CIA ebenfalls hinweist, von größerer Bedeutung für das iranische Mittelstreckenprogramm.

Eines der vielen Indizien dafür, dass die russische Regierung kein Interesse daran hat, Iran bei der Entwicklung von Raketen mittlerer und längerer Reichweite zu unterstützen, liefert deren Zusammenarbeit in der Weltraumtechnologie: Im Jahre 2003 hatte Teheran angekündigt, eigene Satelliten mit eigenen Trägerraketen starten zu wollen. Daran musste Moskau schon aus wirtschaftlichen Gründen Anstoß nehmen. Zudem wandten sich die USA und Israel vehement gegen derartige Pläne, weil sie befürchteten, die Trägerraketen könnten auch mit atomaren Sprengköpfen bestückt werden. Im Ergebnis werden für Iran nun

Kommunikations- und Aufklärungssatelliten in Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen im sibirischen Krasnojarsk und Omsk gebaut und vom nordrussischen Kosmodrom Plessetzk mit russischen Raketen in ihre Erdumlaufbahnen befördert.

Zusammenarbeit bei der Nukleartechnologie

Russland baut in Buschehr südwestlich von Isfahan ein 1000-Megawatt-Atomkraftwerk, dessen Kosten mit offiziell 840 Mio. US-Dollar veranschlagt worden sind. Mehrere Tausend russische Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker sind daran beteiligt. Nach ursprünglichen Plänen sollte Russland schon 2003 den Brennstoff liefern, damit der erste Reaktorblock betrieben werden kann. Seine Fertigstellung ist wiederholt verschoben worden. Nun soll das Kraftwerk in diesem Jahr ans Netz gehen. Es gibt aber noch weitere reichende Pläne: Im Juli 2002 vereinbarten Moskau und Teheran eine umfassende, auf zehn Jahre angelegte Nuklearzusammenarbeit. Vorgesehen ist der Bau von insgesamt sechs Atomreaktoren, vier davon in Buschehr, die anderen zwei in Ahwas, 100 km von der Grenze zum Irak entfernt. Russland unterweist iranische Wissenschaftler am Moskauer Kurtschatow-Institut für Kernenergie und bildet Hunderte von Ingenieuren und Technikern am AKW Nowoworonesch aus. Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) haben entdeckt, dass sowohl russische Technologie zur Anreicherung von Uran als auch in Russland bereits angereichertes Uran in den von Iran fertigestellten Zentrifugen verwandt wurde.

Russland hat jegliche Kritik an seiner Zusammenarbeit mit Iran zurückgewiesen. Das Kraftwerk diene ausschließlich der friedlichen Nutzung von Nuklearenergie. Zudem handele es sich bei den Leichtwasserreaktoren in Buschehr genau um jenen Typ, den die Vereinigten Staaten unter anderem an Nordkorea geliefert hätten. Zwar ließen sich Wissen und Kenntnisse in Nuklearfragen, die im Rahmen der

Zusammenarbeit mit Russland erworben werden, für militärische Zwecke nutzen. So lange aber kein entsprechendes Programm vorliege, sei dies ohne Belang.

Trotz dieser seit Beginn der Zusammenarbeit unveränderten Position hat sich die russische Haltung gegenüber Iran gewandelt, nachdem Teheran im Februar 2003 öffentlich erklärt hatte, es strebe die Entwicklung eines vollständigen Brennstoffkreislaufs an. Der Kreml begann nun Teheran zu drängen, ein Zusatzprotokoll mit der IAEA zu unterzeichnen, das schärfere Kontrollen der iranischen Atomanlagen gestattet. Die russische Regierung erklärte, eine Inbetriebnahme der Buschehr-Reaktoren würde nur dann erfolgen, wenn Teheran zustimmte, dass verbrauchter Nuklearbrennstoff nach Russland transferiert würde.

Die Grenzen der Zusammenarbeit

Auf die Wiederaufnahme der Forschung zur Uran-Anreicherung im Januar 2006 hat Russland mit großer Verärgerung reagiert. Im Tenor westlicher Kritiker äußert sich nun auch der russische Außenminister: »Das Fehlen wirtschaftlicher Logik und einer realen, praktischen Notwendigkeit [für Atomkraftwerke in Iran; H.A.] nährt den Verdacht, dass dieses Programm geheime militärische Aspekte hat.«

Dies wird auch in Russland als Gefahr angesehen und als potentielle Bedrohung russischer Sicherheitsinteressen. Es kann Moskau nicht daran gelegen sein, dass sich die Zahl der Atomkräfte an seiner Südgrenze erhöht – und ganz und gar nicht, wenn radikal-fundamentalistische islamische Regime dort über Kernwaffen verfügen. Die Wahl Ahmadinedschads zum Präsidenten Irans, seine engen Verbindungen zu Syrien, seine Unterstützung für Hisbollah und Hamas sowie seine Drohungen, Israel von der Landkarte zu wischen, haben auch russische Besorgnisse verstärkt.

Für Präsident Putin stellt sich in dieser heiklen Situation eine Grundsatzfrage: Gibt es einen Weg, einerseits der von ihm immer

wieder beschworenen Notwendigkeit einer Westorientierung Russlands sowie dessen besonderer Verantwortung als Nuklearmacht und permanentes Mitglied des UN-Sicherheitsrats zu genügen und potentielle Bedrohungen an seiner Südflanke abzuwenden, andererseits aber Iran nicht in die Isolierung zu treiben und die besonderen Beziehungen zum südlichen Nachbarn nicht aufs Spiel zu setzen, so dass auch die wirtschaftlichen Interessen Russlands gewahrt bleiben?

Es sieht ganz so aus, als habe Putin diesen Weg gefunden. Sein Vorschlag, ein paritätisch zusammengesetztes Gemeinschaftsunternehmen zur Uran-Anreicherung zu gründen, ist ebenso einfach wie genial. Iran würde in der Atomanlage Isfahan lediglich Uran in Uran-Hexafluorid umwandeln. Dieses Gas würde dann nach Russland transportiert und in russischen Anlagen angereichert.

Stimmte Iran diesem Vorschlag zu, würde Russland damit praktisch zu einem internationalen Treuhänder, der zusammen mit der IAEA darüber wacht, dass Kernenergie in Iran ausschließlich für friedliche Zwecke genutzt wird. Die russische Atomindustrie würde profitieren, der in Aussicht genommene Bau weiterer Atomkraftwerke verwirklicht werden können. Lehnt Teheran aber den Vorschlag ab und eskaliert den Konflikt, wird sich Moskau wahrscheinlich Sanktionen des UN-Sicherheitsrats nicht in den Weg stellen. Es müsste sich bei der Abstimmung lediglich der Stimme enthalten.

Am 16. Februar sollen die russisch-iranischen Gespräche in Moskau wieder aufgenommen werden. Die Bundesregierung ist gut beraten, am russischen Vorschlag als Kern der Strategie der fünf UN-Sicherheitsratsmitglieder gegenüber Iran festzuhalten. Im Vorfeld der Gespräche sollte sie auch darauf hinwirken, dass Russland sich nicht auf eine Verwässerung seines Vorschlags einlässt und dass es den Transfer von Technologie ausschließt, die Iran militärisch nutzen könnte.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2006
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364